

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 33/36
Telefax: 888 946 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Wolf-Michael Catenhusen
MdB zu neuen Großpro-
jekten der Kernfusion: Zu-
nächst ist das Parlament
gefragt.

Seite 1

Rolf Langeberger
Rolf Langenberger MdL zum
Festhalten des Verteidi-
gungsministers am Tiefflug:
Stoltenberg isoliert sich in
den eigenen Reihen.

Seite 3

Horst Peter MdB zur Ver-
antwortung der westeuro-
päischen Linken: Ein Plä-
doyer für den Dritten Weg.
(Teil II und Schluß)

Seite 4

41. Jahrgang / 33

15. Februar 1990

Zunächst ist das Parlament gefragt

Zu neuen Großprojekten der Kernfusion

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Forschung, Technologie
und Technikfolgenabschätzung

Seit über dreißig Jahren werden weltweite Anstrengungen un-
ternommen, das Prinzip der Energieerzeugung aus der Verschmelzung
von Wasserstoffkernen unter hohen Temperaturen technisch in
einem Fusionsreaktor zu verwirklichen. Von der Verwirklichung
dieser Idee vor dem Jahre 2050 sprechen auch die Fusionsforscher
nicht mehr. Die Klimafrage wird in den führenden Industriestaaten
notwendigerweise grundlegende Fragen an die Energiepolitik der
nächsten Jahrzehnte stellen. Die bisherigen Formen der Energie-
gewinnung und -nutzung haben in unvermeidbarer Weise die Umwelt
belastet. Daher fordern die Weltenergiekonferenz und der Brundt-
land-Report eine 50prozentige Reduzierung des Verbrauchs fossiler
Energieträger. Der Weltenergieverbrauch wird weltweit durch rasche
Industrialisierung der Schwellenländer weiter steigen. Immer wich-
tiger wird aber gleichzeitig die Bestimmung und Verwirklichung
internationaler ökologischer Grenzen des Energieverbrauchs. Des-
halb gewinnen Strategien der Energieeinsparung und Erhöhung der
Energieeffizienz immer größere Bedeutung.

Die Kernfusion kann schon aufgrund ihrer nur langfristig denkbaren
Realisierbarkeit - wenn überhaupt - keinen Beitrag für die wichtigen
energiepolitischen Aufgaben der nächsten Jahrzehnte leisten. Dazu
steht schon heute fest, daß eine Fusionsreakorteknik aufgrund ih-
rer Komplexität nur in wenigen großen Industrieländern eingesetzt
werden könnte. Sie ist dazu vermutlich noch kapitalintensiver als die
Atomtechnik. Ein entscheidender Beitrag zur Lösung globaler
Energieprobleme ist deshalb von der Fusionsenergie nach heutigem
Wissen nicht zu erwarten.

Die Entwicklung der Kernfusion ist auch nach dreißig Jahren noch
auf der Stufe der Grundlagenforschung geblieben. Deshalb lassen
sich zu vielen Fragen heute keine abschließenden Antworten geben.
Nicht einmal die Frage nach der grundsätzlichen technischen Rea-
lisierbarkeit der Idee eines Fusionsreaktors läßt sich heute beantwor-
ten, und das nach dreißig Jahren weltweiter Forschung. Fragwürdig
ist auch der Optimismus, die Kernfusion sei eine Energiequelle,
die auf ein nahezu unerschöpfliches Brennstoffreservoir zurück-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verwendet Umwelt-
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



greifen könne, inhärent sicher sei und auch ein gegenüber Kernkraftwerken geringeres radiobiologisches Gefährdungspotential besitze. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß zumindest für hunderte von Jahren hochradioaktive Abfälle aus Fusionsreaktoren anfallen könnten, deren Umfang den von Leichtwasserreaktoren erheblich übersteigt. Es kann zwar keine GAUs im Sinne größtanzunehmender Unfälle wie bei Kernkraftwerken geben. Dafür kann es erhebliche Störfälle anderer Art geben.

Die Fusionsforschung ist langfristig auf eine Zeit von über 100 Jahren angelegt. Sie verlangt damit eine langfristige Bindung von öffentlichen finanziellen Ressourcen, von Infrastruktur und Know-How. Damit wird diese Technikentwicklung aber tendenziell der politischen Beeinflußbarkeit und Kontrolle durch die Politik entzogen. Einen Automatismus von einem Fusions-Großprojekt zum nächsten darf es aber nicht geben.

Eine endgültige Entscheidung, ob ein Fusionsreaktor technisch machbar, ökonomisch sinnvoll ist und ökologisch sowie sicherheitstechnisch wirklich Vorteile gegenüber der Lernenergienutzung bietet, kann in dieser Stufe der Forschung nicht getroffen werden. Wohl stellt sich für die nächsten 20 Jahre deutlich die Frage der Prioritäten in der Energieforschung. Der Einstieg in das geplante internationale Großprojekt NET (Next European Tours), ein europäisches Projekt, wird zu einer Verdoppelung der Ausgaben der Fusionsforschung im Haushalt des Bundesforschungsministeriums auf mindestens 400 Millionen DM führen. Bereits heute gehen 50 Prozent der EG-Mittel im Bereich der Energieforschung in die Erforschung der Kernfusion. In allen anderen Industrieländern, bis auf Italien, sind dagegen seit 1983 die Aufwendungen für die Fusionsforschung deutlich reduziert worden, in den USA allein zwischen 1983 und 1989 um circa 30 Prozent.

Es muß nun darum gehen, in Zusammenhang mit den künftigen Entscheidungen über die Weiterführung des europäischen und nationalen Fusionsprogramms nach JET der Politik Entscheidungsspielräume, Entscheidungsalternativen zu öffnen. Dazu könnten folgende Maßnahmen beitragen.

1. Die Politik braucht klare Kriterien, um überhaupt bewerten zu können, was tatsächlich an Fortschritten auf dem Weg zu einem Fusionsreaktor erfolgt und wann der Erfolg oder das Scheitern der Suche nach einem Kernfusionsreaktorkonzept festgestellt werden kann.
2. Angesichts der Langfristigkeit der Entwicklung eines Fusionsreaktors und der zu erwartenden Kostensprünge muß die Fusionsforschung in ein mittelfristig angelegtes Energieforschungsprogramm eingebunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Photovoltaik, und die Förderung der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung Vorrang haben. Denn sie können in den nächsten Jahrzehnten im Vergleich zum eingesetzten Kapital den größten Beitrag für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik leisten.
3. Fusionsforschung wird dann, wenn sie über JET hinaus weitergeführt wird, ähnlich wie beim Bau von Großbeschleunigern, weiter internationalisiert werden müssen, möglichst im Zusammenwirken von EG, Japan, USA und Sowjetunion.
4. Dazu sollte das BMFT in einem mittelfristigen Programm prüfen, ob die Schwerpunkte der bundesdeutschen Fusionsforschung, die bisher vor allem in Garching, Karlsruhe oder Jülich betrieben wird, konzentriert und in stärkerer internationaler Arbeitsteilung organisiert werden kann.
5. Vor einer Entscheidung des Parlaments über den Einstieg in die Nach-Jet-Phase muß von Regierung und Parlament ein Prozeß der Technikfolgenabschätzung zum gegenwärtigen Stand der Fusionsforschung durchgeführt werden, um Handlungsoptionen für die Politik zu erarbeiten.

(-/15.2.1990/vo-he/rs)

Ein Plädoyer für den Dritten Weg (Teil II und Schluß)

Zur Verantwortung der westeuropäischen Linken

Von Horst Peter MdB

Moderiertes und reflektiertes Verhalten der Sozialdemokratie ist sowohl in der nationalen Frage, gegenüber Tempo und Struktur des Zusammenwachsens, als auch der Frage der Gestaltung der ökonomischen Struktur der DDR geboten.

Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der Frage, ob sie den Staaten, Gesellschaften, Völkern und Menschen in Osteuropa ein gesellschaftliches und wirtschaftliches System andienen will, das nach Aussage des frisch beschlossenen Berliner Programms und der Berliner Erklärung für die Bundesrepublik als veränderungsbedürftig angesehen wird. Während die Sozialistische Fraktion des Europaparlamentes „im Zusammenbruch des Kommunismus... eine Bestätigung der Ziele des demokratischen Sozialismus als einzige Alternative zum Kapitalismus (sieht)“, dessen Fehler und Reformbedürftigkeit unterstreicht, schleichen sich unreflektierte Propagierung der „Marktwirtschaft“, Überidentifikation und das Gefühl der Systemüberlegenheit, Verneinung der Notwendigkeit von Alternativen in die Argumentationen der Sozialdemokraten. Die Berliner Beschlüsse bieten der SPD ein deutschlandpolitisches Korsett, auf das zu verzichten, das zu vergessen und zu verdrängen, töricht wäre. Für einen solchen Umgang mit „Berlin“ gibt es außer Kopfflosigkeit keinen Grund und keine Entschuldigung. Im Gegenteil, es wird die Chance vertan, das neue Grundsatzzprogramm als die sozialdemokratische Alternative eines organisierten Weges zur Einheit den Übernahmeträumen und der Erzwingungsstrategie der Konservativen, die auf die Destabilisierung und den Zusammenbruch der DDR und deren bedingungslose Unterwerfung zielen, entgegenzustellen. Für die Sozialdemokraten ist die nationale Frage eine soziale, eine ökologische, eine demokratische Frage, und ganz besonders eine Friedensfrage.

Zwar kann man die traditionalistische linke Position, erst eine national geeinte demokratische Republik biete das Terrain für den Kampf um die soziale Republik, einmal ausloten, aber mit Ulrich Sonnemann ist vor einem „mechanischen wie beeilten ‚Wir auch‘“ zu warnen. Wenn jetzt das Rad der Geschichte durchdreht, können doch nicht die Sozialdemokraten unter lautem deutschmarkigen Hurra-Geschrei zusehen, wie der Zug der deutschen Einheit auf Crash-Kurs geht, die beiden deutschen Staaten aufeinanderzutreiben, aufeinanderzustürzen, statt zusammenzuwachsen. Statt für eine „Wiedervereinigung“ der Reste des in Blut, Eisen und Tränen untergegangenen Reiches, das mit Blut und Eisen von Bismarck zusammengefügt wurde - und schon der Gedanke an dieses Neureich beunruhigt Europa - spricht sich die Sozialdemokratie für ein Konzept mehrerer Einheiten, sowohl in der zeitlichen Dimension des Tempos, der Abfolge mehrerer möglicher Stufen, die jeweils auch Endstufe und nicht nur Zwischenschritt für eine folgende Stufe sein können, und die Möglichkeit der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Stärke der Bindungen in politischer, ökonomischer, ökologischer, kultureller und militärischer Hinsicht, aus. Sozialdemokratisches Ziel ist seit dem Berliner Parteitag die Konföderation beider Staaten, deren verfassungsmäßige Ausgestaltung der Verantwortungsgemeinschaft beider souveräner deutscher Staaten und ihrer Bürger obliegt, denn sie „vermeidet... Majorisierung und Bevormundung“. Ausdrücklich betont wird, daß die Bürger der DDR auch jetzt noch selbst zu entscheiden haben. Daran sei die SPD erinnert.

Statt unter der nationalen Aufputschdroge „D-Mark“ und „Wiedervereinigung“, statt im nationalen teutonischen Delir; sollte, und dies gilt in besonderem Maße für die Bürger der DDR, mit Bewußtsein über jede mögliche Stufe des nationalen Prozesses entschieden werden. Inzwischen scheint sich der nationale Prozeß zwischen den Polen der Art. 23 und 146 GG zu bewegen. Während der Weg über Art. 23 die Unterwerfung der DDR vor die Einheit stellt und diese den Charakter eines subalternen Anschlusses annimmt, wird nur über den Weg des 146 GG ein Einheitsprozeß unter den Bedingungen des aufrechten Ganges mit dem Fixpunkt der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung gewährleistet. Dieser Einheitsprozeß in einem europäischen konföderierten Umfeld ist der Weg der Berliner Beschlüsse.

greifen könne, inhärent sicher sei und auch ein gegenüber Kernkraftwerken geringeres radiobiologisches Gefährdungspotential besitze. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß zumindest für hunderte von Jahren hochradioaktive Abfälle aus Fusionsreaktoren anfallen könnten, deren Umfang den von Leichtwasserreaktoren erheblich übersteigt. Es kann zwar keine GAUs im Sinne größtanzunehmender Unfälle wie bei Kernkraftwerken geben. Dafür kann es erhebliche Störfälle anderer Art geben.

Die Fusionsforschung ist langfristig auf eine Zeit von über 100 Jahren angelegt. Sie verlangt damit eine langfristige Bindung von öffentlichen finanziellen Ressourcen, von Infrastruktur und Know-How. Damit wird diese Technikentwicklung aber tendenziell der politischen Beeinflußbarkeit und Kontrolle durch die Politik entzogen. Einen Automatismus von einem Fusions-Großprojekt zum nächsten darf es aber nicht geben.

Eine endgültige Entscheidung, ob ein Fusionsreaktor technisch machbar, ökonomisch sinnvoll ist und ökologisch sowie sicherheitstechnisch wirklich Vorteile gegenüber der Lernenergienutzung bietet, kann in dieser Stufe der Forschung nicht getroffen werden. Wohl stellt sich für die nächsten 20 Jahre deutlich die Frage der Prioritäten in der Energieforschung. Der Einstieg in das geplante internationale Großprojekt NET (Next European Tours), ein europäisches Projekt, wird zu einer Verdoppelung der Ausgaben der Fusionsforschung im Haushalt des Bundesforschungsministeriums auf mindestens 400 Millionen DM führen. Bereits heute gehen 50 Prozent der EG-Mittel im Bereich der Energieforschung in die Erforschung der Kernfusion. In allen anderen Industrieländern, bis auf Italien, sind dagegen seit 1983 die Aufwendungen für die Fusionsforschung deutlich reduziert worden, in den USA allein zwischen 1983 und 1989 um circa 30 Prozent.

Es muß nun darum gehen, in Zusammenhang mit den künftigen Entscheidungen über die Weiterführung des europäischen und nationalen Fusionsprogramms nach JET der Politik Entscheidungsspielräume, Entscheidungsalternativen zu öffnen. Dazu könnten folgende Maßnahmen beitragen.

1. Die Politik braucht klare Kriterien, um überhaupt bewerten zu können, was tatsächlich an Fortschritten auf dem Weg zu einem Fusionsreaktor erfolgt und wann der Erfolg oder das Scheitern der Suche nach einem Kernfusionsreaktor konzept festgestellt werden kann.
2. Angesichts der Langfristigkeit der Entwicklung eines Fusionsreaktors und der zu erwartenden Kostensprünge muß die Fusionsforschung in ein mittelfristig angelegtes Energieforschungsprogramm eingebunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Photovoltaik, und die Förderung der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung Vorrang haben. Denn sie können in den nächsten Jahrzehnten im Vergleich zum eingesetzten Kapital den größten Beitrag für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik leisten.
3. Fusionsforschung wird dann, wenn sie über JET hinaus weitergeführt wird, ähnlich wie beim Bau von Großbeschleunigern, weiter internationalisiert werden müssen, möglichst im Zusammenwirken von EG, Japan, USA und Sowjetunion.
4. Dazu sollte das BMFT in einem mittelfristigen Programm prüfen, ob die Schwerpunkte der bundesdeutschen Fusionsforschung, die bisher vor allem in Garching, Karlsruhe oder Jülich betrieben wird, konzentriert und in stärkerer internationaler Arbeitsteilung organisiert werden kann.
5. Vor einer Entscheidung des Parlaments über den Einstieg in die Nach-Jet-Phase muß von Regierung und Parlament ein Prozeß der Technikfolgenabschätzung zum gegenwärtigen Stand der Fusionsforschung durchgeführt werden, um Handlungsoptionen für die Politik zu erarbeiten.

(-/15.2.1990/vo-he/rs)

* * *

Ein Plädoyer für den Dritten Weg (Teil II und Fehlbüch)



Frage,
ng der
ölkern
ll, das
e Bun-
on des
des de-
gr und
ktwirt-
otwen-
chlüsse
en und
sigkeit
Grund-
ait den
sierung
agenzu-
ine de-

tratische
mit Ul-
etzt des
eutsch-
die bei-
h. Statt
reiches,
n dieses
Einhei-
fen, die
und die
onomi-
ist seit
staltung
obliegt,
die Bür-

ionalen
bewußt-
scheint
end der
er eines
ß unter
essungs-

gegeben der Sachlage. In der Bundesrepublik Deutschland ist der Weg der europäischen kon-
föderierten Umfeld ist der Weg der Baliner Beschlüsse.

greifen könne, inhärent sicher sei und auch ein gegenüber Kernkraftwerken geringeres radiobiologisches Gefährdungspotential besitze. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß zumindest für hunderte von Jahren hochradioaktive Abfälle aus Fusionsreaktoren anfallen könnten, deren Umfang den von Leichtwasserreaktoren erheblich übersteigt. Es kann zwar keine GAUs im Sinne größtanzunehmender Unfälle wie bei Kernkraftwerken geben. Dafür kann es erhebliche Störfälle anderer Art geben.

Die Fusionsforschung ist langfristig auf eine Zeit von über 100 Jahren angelegt. Sie verlangt damit eine langfristige Bindung von öffentlichen finanziellen Ressourcen, von Infrastruktur und Know-How. Damit wird diese Technikentwicklung aber tendenziell der politischen Beeinflußbarkeit und Kontrolle durch die Politik entzogen. Einen Automatismus von einem Fusions-Großprojekt zum nächsten darf es aber nicht geben.

Eine endgültige Entscheidung, ob ein Fusionsreaktor technisch machbar, ökonomisch sinnvoll ist und ökologisch sowie sicherheitstechnisch wirklich Vorteile gegenüber der Lernenergienutzung bietet, kann in dieser Stufe der Forschung nicht getroffen werden. Wohl stellt sich für die nächsten 20 Jahre deutlich die Frage der Prioritäten in der Energieforschung. Der Einstieg in das geplante internationale Großprojekt NET (Next European Tours), ein europäisches Projekt, wird zu einer Verdoppelung der Ausgaben der Fusionsforschung im Haushalt des Bundesforschungsministeriums auf mindestens 400 Millionen DM führen. Bereits heute gehen 50 Prozent der EG-Mittel im Bereich der Energieforschung in die Erforschung der Kernfusion. In allen anderen Industrieländern, bis auf Italien, sind dagegen seit 1983 die Aufwendungen für die Fusionsforschung deutlich reduziert worden, in den USA allein zwischen 1983 und 1989 um circa 30 Prozent.

Es muß nun darum gehen, in Zusammenhang mit den künftigen Entscheidungen über die Weiterführung des europäischen und nationalen Fusionsprogramms nach JET der Politik Entscheidungsspielräume, Entscheidungsalternativen zu öffnen. Dazu könnten folgende Maßnahmen beitragen.

1. Die Politik braucht klare Kriterien, um überhaupt bewerten zu können, was tatsächlich an Fortschritten auf dem Weg zu einem Fusionsreaktor erfolgt und wann der Erfolg oder das Scheitern der Suche nach einem Kernfusionsreaktorkonzept festgestellt werden kann.
2. Angesichts der Langfristigkeit der Entwicklung eines Fusionsreaktors und der zu erwartenden Kostensprünge muß die Fusionsforschung in ein mittelfristig angelegtes Energieforschungsprogramm eingebunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Photovoltaik, und die Förderung der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung Vorrang haben. Denn sie können in den nächsten Jahrzehnten im Vergleich zum eingesetzten Kapital den größten Beitrag für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik leisten.
3. Fusionsforschung wird dann, wenn sie über JET hinaus weitergeführt wird, ähnlich wie beim Bau von Großbeschleunigern, weiter internationalisiert werden müssen, möglichst im Zusammenwirken von EG, Japan, USA und Sowjetunion.
4. Dazu sollte das BMFT in einem mittelfristigen Programm prüfen, ob die Schwerpunkte der bundesdeutschen Fusionsforschung, die bisher vor allem in Garching, Karlsruhe oder Jülich betrieben wird, konzentriert und in stärkerer internationaler Arbeitsteilung organisiert werden kann.
5. Vor einer Entscheidung des Parlaments über den Einstieg in die Nach-Jet-Phase muß von Regierung und Parlament ein Prozeß der Technikfolgenabschätzung zum gegenwärtigen Stand der Fusionsforschung durchgeführt werden, um Handlungsoptionen für die Politik zu erarbeiten.

(-/15.2.1990/va-he/rs)

Stoltenberg isoliert sich in den eigenen Reihen

Zum Festhalten des Verteidigungsministers am Tiefflug

Von Rolf Langenberger MdL
Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg sollte schleunigst selbst seinen Hut nehmen, ehe ihm die Bundestagsfraktion der CDU das Vertrauen vollends entzieht. Ernstzunehmende Ansätze dafür gibt es bereits. Entsprechende Äußerungen des CDU-Wehrexperthen Otto Hauser und des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem CSU-Abgeordneten Alfred Biehle, gegenüber „Bild am Sonntag“ belegen dies. Beide hatten sich für die Abschaffung der militärischen Übungsflüge in 75 Metern Höhe ausgesprochen, weil sie „weder militärisch sinnvoll noch abrüstungspolitisch vertretbar“ (Hauser) sowie „auf Dauer den Menschen nicht länger zuzumuten und verteidigungspolitisch nicht mehr nötig“ (Biehle) sind.

Diese Einsichten maßgeblicher Fachexperten der Union erschüttern die Glaubwürdigkeit Stoltenbergs. Mit seiner Absage an einen völligen Verzicht auf Tiefstflüge steht der Minister in weiten Teilen der Bundesrepublik isoliert da. Die Stange hält ihm bisher nur noch die CSU in Bayern.

Zusammen mit meinen Fraktionskollegen Klaus Sommerkorn, Johannes Straßer, Heiko Schultz und Dr. Helmut Ritzer aus der fränkisch-schwäbischen Tieftflug-Area 7 habe ich den bayerischen Ministerpräsidenten aufgefordert, nicht länger aufs falsche Pferd zu setzen und sich endlich auch für einen Stopp der Tiefflüge auszusprechen. Meine Kollegen und ich, die wir seit Jahren einen hartnäckigen Kampf gegen die Tiefflüge in Bayern führen, sehen uns durch die CDU-Politiker vollauf bestätigt. Von der militärischen Sinnlosigkeit der Übungen abgesehen, geht es vor allem auch um die Gesundheitsschäden, unter denen die lärmgeplagte Bevölkerung zu leiden hat.

Wir befürchten, daß sich der Bundesverteidigungsminister auch hinsichtlich der Truppenreduzierungen ähnlich „betonköpfig“ zeigt wie beim Festhalten am Tiefflugterror. Es zeugt schlicht von Unfähigkeit, daß Stoltenberg noch nicht einmal eine fundierte Datenlage über die geplante Bundeswehr-Verkleinerung hat, geschweige denn ein Konzept zur Bewältigung der vielfältigen Konsequenzen. Ein Jahr bräuchten die Inspektoren der Bundeswehr dazu, um die Eckdaten eines möglichen Truppenabbaus in Detaildaten umzuarbeiten, hatte Stoltenberg wissen lassen. Die Entwicklung war seit Monaten absehbar. Es wäre die ureigenste Aufgabe der Hardthöhe gewesen, Schubladenpläne zu erstellen, die nun rechtzeitig hätten herausgezogen werden können. Es ist zu vermuten, daß hinter dieser zögerlichen Haltung möglicherweise auch der politische Unwille des CDU-Politikers steht, sich damit abzufinden, daß die Zeiten des Kalten Krieges, der Konfrontation und der Feindbilder vorbei und der Weg zu einem friedlichen Europa offen ist.

(-/15.2.1990/va-he/rs)

* * *

greifen könne, inhärent sicher sei und auch ein gegenüber Kernkraftwerken geringeres radiobiologisches Gefährdungspotential besitze. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß zumindest für hunderte von Jahren hochradioaktive Abfälle aus Fusionsreaktoren anfallen könnten, deren Umfang den von Leichtwasserreaktoren erheblich übersteigt. Es kann zwar keine GAUs im Sinne größtanzunehmender Unfälle wie bei Kernkraftwerken geben. Dafür kann es erhebliche Störfälle anderer Art geben.

Die Fusionsforschung ist langfristig auf eine Zeit von über 100 Jahren angelegt. Sie verlangt damit eine langfristige Bindung von öffentlichen finanziellen Ressourcen, von Infrastruktur und Know-How. Damit wird diese Technikentwicklung aber tendenziell der politischen Beeinflußbarkeit und Kontrolle durch die Politik entzogen. Einen Automatismus von einem Fusions-Großprojekt zum nächsten darf es aber nicht geben.

Eine endgültige Entscheidung, ob ein Fusionsreaktor technisch machbar, ökonomisch sinnvoll ist und ökologisch sowie sicherheitstechnisch wirklich Vorteile gegenüber der Lernenergienutzung bietet, kann in dieser Stufe der Forschung nicht getroffen werden. Wohl stellt sich für die nächsten 20 Jahre deutlich die Frage der Prioritäten in der Energieforschung. Der Einstieg in das geplante internationale Großprojekt NET (Next European Tours), ein europäisches Projekt, wird zu einer Verdoppelung der Ausgaben der Fusionsforschung im Haushalt des Bundesforschungsministeriums auf mindestens 400 Millionen DM führen. Bereits heute gehen 50 Prozent der EG-Mittel im Bereich der Energieforschung in die Erforschung der Kernfusion. In allen anderen Industrieländern, bis auf Italien, sind dagegen seit 1983 die Aufwendungen für die Fusionsforschung deutlich reduziert worden, in den USA allein zwischen 1983 und 1989 um circa 30 Prozent.

Es muß nun darum gehen, in Zusammenhang mit den künftigen Entscheidungen über die Weiterführung des europäischen und nationalen Fusionsprogramms nach JET der Politik Entscheidungsspielräume, Entscheidungsalternativen zu öffnen. Dazu könnten folgende Maßnahmen beitragen.

1. Die Politik braucht klare Kriterien, um überhaupt bewerten zu können, was tatsächlich an Fortschritten auf dem Weg zu einem Fusionsreaktor erfolgt und wann der Erfolg oder das Scheitern der Suche nach einem Kernfusionsreaktorkonzept festgestellt werden kann.
2. Angesichts der Langfristigkeit der Entwicklung eines Fusionsreaktors und der zu erwartenden Kostensprünge muß die Fusionsforschung in ein mittelfristig angelegtes Energieforschungsprogramm eingebunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Photovoltaik, und die Förderung der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung Vorrang haben. Denn sie können in den nächsten Jahrzehnten im Vergleich zum eingesetzten Kapital den größten Beitrag für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik leisten.
3. Fusionsforschung wird dann, wenn sie über JET hinaus weitergeführt wird, ähnlich wie beim Bau von Großbeschleunigern, weiter internationalisiert werden müssen, möglichst im Zusammenwirken von EG, Japan, USA und Sowjetunion.
4. Dazu sollte das BMFT in einem mittelfristigen Programm prüfen, ob die Schwerpunkte der bundesdeutschen Fusionsforschung, die bisher vor allem in Garching, Karlsruhe oder Jülich betrieben wird, konzentriert und in stärkerer internationaler Arbeitsteilung organisiert werden kann.
5. Vor einer Entscheidung des Parlaments über den Einstieg in die Nach-Jet-Phase muß von Regierung und Parlament ein Prozeß der Technikfolgenabschätzung zum gegenwärtigen Stand der Fusionsforschung durchgeführt werden, um Handlungsoptionen für die Politik zu erarbeiten.

(-/15.2.1990/vo-he/rs)

Ein Plädoyer für den Dritten Weg (Teil II und Schluß)**Zur Verantwortung der westeuropäischen Linken**

Von Horst Peter MdB

Moderiertes und reflektiertes Verhalten der Sozialdemokratie ist sowohl in der nationalen Frage, gegenüber Tempo und Struktur des Zusammenwachsens, als auch der Frage der Gestaltung der ökonomischen Struktur der DDR geboten.

Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der Frage, ob sie den Staaten, Gesellschaften, Völkern und Menschen in Osteuropa ein gesellschaftliches und wirtschaftliches System andienen will, das nach Aussage des frisch beschlossenen Berliner Programms und der Berliner Erklärung für die Bundesrepublik als veränderungsbedürftig angesehen wird. Während die Sozialistische Fraktion des Europaparlamentes „im Zusammenbruch des Kommunismus... eine Bestätigung der Ziele des demokratischen Sozialismus als einzige Alternative zum Kapitalismus (sieht)“, dessen Fehler und Reformbedürftigkeit unterstreicht, schleichen sich unreflektierte Propagierung der „Marktwirtschaft“, Überidentifikation und das Gefühl der Systemüberlegenheit, Verneinung der Notwendigkeit von Alternativen in die Argumentationen der Sozialdemokraten. Die Berliner Beschlüsse bieten der SPD ein deutschlandpolitisches Korsett, auf das zu verzichten, das zu vergessen und zu verdrängen, töricht wäre. Für einen solchen Umgang mit „Berlin“ gibt es außer Kopfflosigkeit keinen Grund und keine Entschuldigung. Im Gegenteil, es wird die Chance vertan, das neue Grundsatzzprogramm als die sozialdemokratische Alternative eines organisierten Weges zur Einheit der Übernahmesträumen und der Erzwingungsstrategie der Konservativen, die auf die Destabilisierung und den Zusammenbruch der DDR und deren bedingungslose Unterwerfung zielen, entgegenzustellen. Für die Sozialdemokraten ist die nationale Frage eine soziale, eine ökologische, eine demokratische Frage, und ganz besonders eine Friedensfrage.

Zwar kann man die traditionalistische linke Position, erst eine national geeinte demokratische Republik biete das Terrain für den Kampf um die soziale Republik, einmal ausloten, aber mit Ulrich Sonnemann ist vor einem „mechanischen wie beeilten ‚Wir auch‘“ zu warnen. Wenn jetzt das Rad der Geschichte durchdreht, können doch nicht die Sozialdemokraten unter lautem deutschmarkigen Hurra-Geschrei zusehen, wie der Zug der deutschen Einheit auf Crash-Kurs geht, die beiden deutschen Staaten aufeinanderzutreiben, aufeinanderzustürzen, statt zusammenzuwachsen. Statt für eine „Wiedervereinigung“ der Reste des in Blut, Eisen und Tränen untergegangenen Reiches, das mit Blut und Eisen von Bismarck zusammengefügt wurde - und schon der Gedanke an dieses Neureich beunruhigt Europa - spricht sich die Sozialdemokratie für ein Korzept mehrerer Einheiten, sowohl in der zeitlichen Dimension des Tempos, der Abfolge mehrerer möglicher Stufen, die jeweils auch Endstufe und nicht nur Zwischenschritt für eine folgende Stufe sein können, und die Möglichkeit der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Stärke der Bindungen in politischer, ökonomischer, ökologischer, kultureller und militärischer Hinsicht, aus. Sozialdemokratisches Ziel ist seit dem Berliner Parteitag die Konföderation beider Staaten, deren verfassungsmäßige Ausgestaltung der Verantwortungsgemeinschaft beider souveräner deutscher Staaten und ihrer Bürger obliegt, denn sie „vermeidet... Majorisierung und Bevormundung“. Ausdrücklich betont wird, daß die Bürger der DDR auch jetzt noch selbst zu entscheiden haben. Daran sei die SPD erinnert.

Statt unter der nationalen Aufputschdroge „D-Mark“ und „Wiedervereinigung“, statt im nationalen teutonischen Delir; sollte, und dies gilt in besonderem Maße für die Bürger der DDR, mit Bewußtsein über jede mögliche Stufe des nationalen Prozesses entschieden werden. Inzwischen scheint sich der nationale Prozeß zwischen den Polen der Art. 23 und 146 GG zu bewegen. Während der Weg über Art. 23 die Unterwerfung der DDR vor die Einheit stellt und diese den Charakter eines subalternen Anschlusses annimmt, wird nur über den Weg des 146 GG ein Einheitsprozeß unter den Bedingungen des aufrechten Ganges mit dem Fixpunkt der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung gewährleistet. Dieser Einheitsprozeß in einem europäischen konföderierten Umfeld ist der Weg der Berliner Beschlüsse.

greifen könne, inhärent sicher sei und auch ein gegenüber Kernkraftwerken geringeres radiobiologisches Gefährdungspotential besitze. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß zumindest für hunderte von Jahren hochradioaktive Abfälle aus Fusionsreaktoren anfallen könnten, deren Umfang den von Leichtwasserreaktoren erheblich übersteigt. Es kann zwar keine GAUs im Sinne größtanzunehmender Unfälle wie bei Kernkraftwerken geben. Dafür kann es erhebliche Störfälle anderer Art geben.

Die Fusionsforschung ist langfristig auf eine Zeit von über 100 Jahren angelegt. Sie verlangt damit eine langfristige Bindung von öffentlichen finanziellen Ressourcen, von Infrastruktur und Know-How. Damit wird diese Technikentwicklung aber tendenziell der politischen Beeinflussbarkeit und Kontrolle durch die Politik entzogen. Einen Automatismus von einem Fusions-Großprojekt zum nächsten darf es aber nicht geben.

Eine endgültige Entscheidung, ob ein Fusionsreaktor technisch machbar, ökonomisch sinnvoll ist und ökologisch sowie sicherheitstechnisch wirklich Vorteile gegenüber der Kernenergienutzung bietet, kann in dieser Stufe der Forschung nicht getroffen werden. Wohl stellt sich für die nächsten 20 Jahre deutlich die Frage der Prioritäten in der Energieforschung. Der Einstieg in das geplante internationale Großprojekt NET (Next European Tours), ein europäisches Projekt, wird zu einer Verdoppelung der Ausgaben der Fusionsforschung im Haushalt des Bundesforschungsministeriums auf mindestens 400 Millionen DM führen. Bereits heute gehen 50 Prozent der EG-Mittel im Bereich der Energieforschung in die Erforschung der Kernfusion. In allen anderen Industrieländern, bis auf Italien, sind dagegen seit 1983 die Aufwendungen für die Fusionsforschung deutlich reduziert worden, in den USA allein zwischen 1983 und 1989 um circa 30 Prozent.

Es muß nun darum gehen, in Zusammenhang mit den künftigen Entscheidungen über die Weiterführung des europäischen und nationalen Fusionsprogramms nach JET der Politik Entscheidungsspielräume, Entscheidungsalternativen zu öffnen. Dazu könnten folgende Maßnahmen beitragen.

1. Die Politik braucht klare Kriterien, um überhaupt bewerten zu können, was tatsächlich an Fortschritten auf dem Weg zu einem Fusionsreaktor erfolgt und wann der Erfolg oder das Scheitern der Suche nach einem Kernfusionsreaktorkonzept festgestellt werden kann.
2. Angesichts der Langfristigkeit der Entwicklung eines Fusionsreaktors und der zu erwartenden Kostensprünge muß die Fusionsforschung in ein mittelfristig angelegtes Energieforschungsprogramm eingebunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Photovoltaik, und die Förderung der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung Vorrang haben. Denn sie können in den nächsten Jahrzehnten im Vergleich zum eingesetzten Kapital den größten Beitrag für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik leisten.
3. Fusionsforschung wird dann, wenn sie über JET hinaus weitergeführt wird, ähnlich wie beim Bau von Großbeschleunigern, weiter internationalisiert werden müssen, möglichst im Zusammenwirken von EG, Japan, USA und Sowjetunion.
4. Dazu sollte das BMFT in einem mittelfristigen Programm prüfen, ob die Schwerpunkte der bundesdeutschen Fusionsforschung, die bisher vor allem in Garching, Karlsruhe oder Jülich betrieben wird, konzentriert und in stärkerer internationaler Arbeitsteilung organisiert werden kann.
5. Vor einer Entscheidung des Parlaments über den Einstieg in die Nach-Jet-Phase muß von Regierung und Parlament ein Prozeß der Technikfolgenabschätzung zum gegenwärtigen Stand der Fusionsforschung durchgeführt werden, um Handlungsoptionen für die Politik zu erarbeiten.

(-/15.2.1990/vc-ha/rs)

* * *



Frage,
ng der

Ölkern
ll, das
e Bun-
n des
des de-
ar und
ktwirt-
otwen-
chlüsse
en und
isigkeit
Grund-
elt den
sierung
egenzu-
ine de-

tratische
mit Ul-
setzt das
deutsch-
die bei-
n. Statt
Reiches,
n dieses
Einhei-
fen, die
und die
konomi-
ist seit
staltung
obliegt,
die Bür-

ationalen
Gewußt-
scheint
and der
er eines
ß unter

den Bedingungen des aufrechten Ganges mit dem Fixpunkt der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung gewährleistet. Dieser Einheitsprozeß in einem europäischen konföderierten Umfeld ist der Weg der Berliner Beschlüsse.

greifen könne, inhärent sicher sei und auch ein gegenüber Kernkraftwerken geringeres radiobiologisches Gefährdungspotential besitze. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß zumindest für hunderte von Jahren hochradioaktive Abfälle aus Fusionsreaktoren anfallen könnten, deren Umfang den von Leichtwasserreaktoren erheblich übersteigt. Es kann zwar keine GAUs im Sinne größtanzunehmender Unfälle wie bei Kernkraftwerken geben. Dafür kann es erhebliche Störfälle anderer Art geben.

Die Fusionsforschung ist langfristig auf eine Zeit von über 100 Jahren angelegt. Sie verlangt damit eine langfristige Bindung von öffentlichen finanziellen Ressourcen, von Infrastruktur und Know-How. Damit wird diese Technikentwicklung aber tendenziell der politischen Beeinflußbarkeit und Kontrolle durch die Politik entzogen. Einen Automatismus von einem Fusions-Großprojekt zum nächsten darf es aber nicht geben.

Eine endgültige Entscheidung, ob ein Fusionsreaktor technisch machbar, ökonomisch sinnvoll ist und ökologisch sowie sicherheitstechnisch wirklich Vorteile gegenüber der Lernenargienutzung bietet, kann in dieser Stufe der Forschung nicht getroffen werden. Wohl stellt sich für die nächsten 20 Jahre deutlich die Frage der Prioritäten in der Energieforschung. Der Einstieg in das geplante internationale Großprojekt NET (Next European Tours), ein europäisches Projekt, wird zu einer Verdoppelung der Ausgaben der Fusionsforschung im Haushalt des Bundesforschungsministeriums auf mindestens 400 Millionen DM führen. Bereits heute gehen 50 Prozent der EG-Mittel im Bereich der Energieforschung in die Erforschung der Kernfusion. In allen anderen Industrieländern, bis auf Italien, sind dagegen seit 1983 die Aufwendungen für die Fusionsforschung deutlich reduziert worden, in den USA allein zwischen 1983 und 1989 um circa 30 Prozent.

Es muß nun darum gehen, in Zusammenhang mit den künftigen Entscheidungen über die Weiterführung des europäischen und nationalen Fusionsprogramms nach JET der Politik Entscheidungsspielräume, Entscheidungsalternativen zu öffnen. Dazu könnten folgende Maßnahmen beitragen.

1. Die Politik braucht klare Kriterien, um überhaupt bewerten zu können, was tatsächlich an Fortschritten auf dem Weg zu einem Fusionsreaktor erfolgt und wann der Erfolg oder das Scheitern der Suche nach einem Kernfusionsreaktorkonzept festgestellt werden kann.
2. Angesichts der Langfristigkeit der Entwicklung eines Fusionsreaktors und der zu erwartenden Kostensprünge muß die Fusionsforschung in ein mittelfristig angelegtes Energieforschungsprogramm eingebunden werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energiequellen, insbesondere der Photovoltaik, und die Förderung der Energieeinsparung und rationellen Energieverwendung Vorrang haben. Denn sie können in den nächsten Jahrzehnten im Vergleich zum eingesetzten Kapital den größten Beitrag für eine ökologisch verträgliche Energiepolitik leisten.
3. Fusionsforschung wird dann, wenn sie über JET hinaus weitergeführt wird, ähnlich wie beim Bau von Großbeschleunigern, weiter internationalisiert werden müssen, möglichst im Zusammenwirken von EG, Japan, USA und Sowjetunion.
4. Dazu sollte das BMFT in einem mittelfristigen Programm prüfen, ob die Schwerpunkte der bundesdeutschen Fusionsforschung, die bisher vor allem in Garching, Karlsruhe oder Jülich betrieben wird, konzentriert und in stärkerer internationaler Arbeitsteilung organisiert werden kann.
5. Vor einer Entscheidung des Parlaments über den Einstieg in die Nach-Jet-Phase muß von Regierung und Parlament ein Prozeß der Technikfolgenabschätzung zum gegenwärtigen Stand der Fusionsforschung durchgeführt werden, um Handlungsoptionen für die Politik zu erarbeiten.

(-/15.2.1990/va-he/rs)

* * *

Stoltenberg isoliert sich in den eigenen Reihen

Zum Festhalten des Verteidigungsministers am Tiefflug

Von Rolf Langenberger MdL
Stellvertretender Vorsitzender der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg sollte schleunigst selbst seinen Hut nehmen, ehe ihm die Bundestagsfraktion der CDU das Vertrauen vollends entzieht. Ernstzunehmende Ansätze dafür gibt es bereits. Entsprechende Äußerungen des CDU-Wehrexperthen Otto Hauser und des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses, dem CSU-Abgeordneten Alfred Biehle, gegenüber „Bild am Sonntag“ belegen dies. Beide hatten sich für die Abschaffung der militärischen Übungsflüge in 75 Metern Höhe ausgesprochen, weil sie „weder militärisch sinnvoll noch abrüstungspolitisch vertretbar“ (Hauser) sowie „auf Dauer den Menschen nicht länger zuzumuten und verteidigungspolitisch nicht mehr nötig“ (Biehle) sind.

Diese Einsichten maßgeblicher Fachexperten der Union erschüttern die Glaubwürdigkeit Stoltenbergs. Mit seiner Absage an einen völligen Verzicht auf Tiefflüge steht der Minister in weiten Teilen der Bundesrepublik isoliert da. Die Stange hält ihm bisher nur noch die CSU in Bayern.

Zusammen mit meinen Fraktionskollegen Klaus Sommerkorn, Johannes Straßer, Heiko Schultz und Dr. Helmut Ritzer aus der fränkisch-schwäbischen Tiefflug-Area 7 habe ich den bayerischen Ministerpräsidenten aufgefordert, nicht länger aufs falsche Pferd zu setzen und sich endlich auch für einen Stopp der Tiefflüge auszusprechen. Meine Kollegen und ich, die wir seit Jahren einen hartnäckigen Kampf gegen die Tiefflüge in Bayern führen, sehen uns durch die CDU-Politiker vollauf bestätigt. Von der militärischen Sinnlosigkeit der Übungen abgesehen, geht es vor allem auch um die Gesundheitsschäden, unter denen die lärmgeplagte Bevölkerung zu leiden hat.

Wir befürchten, daß sich der Bundesverteidigungsminister auch hinsichtlich der Truppenreduzierungen ähnlich „betonköpfig“ zeigt wie beim Festhalten am Tiefflugterror. Es zeugt schlicht von Unfähigkeit, daß Stoltenberg noch nicht einmal eine fundierte Datenlage über die geplante Bundeswehr-Verkleinerung hat, geschweige denn ein Konzept zur Bewältigung der vielfältigen Konsequenzen. Ein Jahr bräuchten die Inspektoren der Bundeswehr dazu, um die Eckdaten eines möglichen Truppenabbaus in Detaildaten umzuarbeiten, hatte Stoltenberg wissen lassen. Die Entwicklung war seit Monaten absehbar. Es wäre die ureigenste Aufgabe der Hardthöhe gewesen, Schubladenpläne zu erstellen, die nun rechtzeitig hätten herausgezogen werden können. Es ist zu vermuten, daß hinter dieser zögerlichen Haltung möglicherweise auch der politische Unwille des CDU-Politikers steht, sich damit abzufinden, daß die Zeiten des Kalten Krieges, der Konfrontation und der Feindbilder vorbei und der Weg zu einem friedlichen Europa offen ist.

(-/15.2.1990/va-he/rs)

* * *

Ein Plädoyer für den Dritten Weg (Teil II und Schluß)

Zur Verantwortung der westeuropäischen Linken

Van Horst Peter MdB

Moderiertes und reflektiertes Verhalten der Sozialdemokratie ist sowohl in der nationalen Frage, gegenüber Tempo und Struktur des Zusammenwachsens, als auch der Frage der Gestaltung der ökonomischen Struktur der DDR geboten.

Die deutsche Sozialdemokratie steht vor der Frage, ob sie den Staaten, Gesellschaften, Völkern und Menschen in Osteuropa ein gesellschaftliches und wirtschaftliches System andienen will, das nach Aussage des frisch beschlossenen Berliner Programms und der Berliner Erklärung für die Bundesrepublik als veränderungsbedürftig angesehen wird. Während die Sozialistische Fraktion des Europaparlamentes „im Zusammenbruch des Kommunismus... eine Bestätigung der Ziele des demokratischen Sozialismus als einzige Alternative zum Kapitalismus (sieht)“, dessen Fehler und Reformbedürftigkeit unterstreicht, schielchen sich unreflektierte Propagierung der „Marktwirtschaft“, Überidentifikation und das Gefühl der Systemüberlegenheit, Verneinung der Notwendigkeit von Alternativen in die Argumentationen der Sozialdemokraten. Die Berliner Beschlüsse bieten der SPD ein deutschlandpolitisches Korsett, auf das zu verzichten, das zu vergessen und zu verdrängen, töricht wäre. Für einen solchen Umgang mit „Berlin“ gibt es außer Kopfflosigkeit keinen Grund und keine Entschuldigung. Im Gegenteil, es wird die Chance vertan, das neue Grundsatzzprogramm als die sozialdemokratische Alternative eines organisierten Weges zur Einheit den Übernahmeträumen und der Erzwingungsstrategie der Konservativen, die auf die Destabilisierung und den Zusammenbruch der DDR und deren bedingungslose Unterwerfung zielen, entgegenzustellen. Für die Sozialdemokraten ist die nationale Frage eine soziale, eine ökologische, eine demokratische Frage, und ganz besonders eine Friedensfrage.

Zwar kann man die traditionalistische linke Position, erst eine national geeinte demokratische Republik biete das Terrain für den Kampf um die soziale Republik, einmal ausloten, aber mit Ulrich Sonnemann ist vor einem „mechanischen wie beeilten ‚Wir auch‘“ zu warnen. Wenn jetzt das Rad der Geschichte durchdreht, können doch nicht die Sozialdemokraten unter lautem deutschmarkigen Hurra-Geschrei zusehen, wie der Zug der deutschen Einheit auf Crash-Kurs geht, die beiden deutschen Staaten aufeinanderzutreiben, aufeinanderzustürzen, statt zusammenzuwachsen. Statt für eine „Wiedervereinigung“ der Reste des in Blut, Eisen und Tränen untergegangenen Reiches, das mit Blut und Eisen von Bismarck zusammengefügt wurde - und schon der Gedanke an dieses Neureich beunruhigt Europa - spricht sich die Sozialdemokratie für ein Konzept mehrerer Einheiten, sowohl in der zeitlichen Dimension des Tempos, der Abfolge mehrerer möglicher Stufen, die jeweils auch Endstufe und nicht nur Zwischenschritt für eine folgende Stufe sein können, und die Möglichkeit der Gleichzeitigkeit unterschiedlicher Stärke der Bindungen in politischer, ökonomischer, ökologischer, kultureller und militärischer Hinsicht, aus. Sozialdemokratisches Ziel ist seit dem Berliner Parteitag die Konföderation beider Staaten, deren verfassungsmäßige Ausgestaltung der Verantwortungsgemeinschaft beider souveräner deutscher Staaten und ihrer Bürger obliegt, denn sie „vermeidet... Majorisierung und Bevormundung“. Ausdrücklich betont wird, daß die Bürger der DDR auch jetzt noch selbst zu entscheiden haben. Daran sei die SPD erinnert.

Statt unter der nationalen Aufputzdroge „D-Mark“ und „Wiedervereinigung“, statt im nationalen teutonischen Delir; sollte, und dies gilt in besonderem Maße für die Bürger der DDR, mit Bewußtsein über jede mögliche Stufe des nationalen Prozesses entschieden werden. Inzwischen scheint sich der nationale Prozeß zwischen den Polen der Art. 23 und 146 GG zu bewegen. Während der Weg über Art. 23 die Unterwerfung der DDR vor die Einheit stellt und diese den Charakter eines subalternen Anschlusses annimmt, wird nur über den Weg des 146 GG ein Einheitsprozeß unter den Bedingungen des aufrechten Ganges mit dem Fixpunkt der Einberufung einer verfassungsgebenden Nationalversammlung gewährleistet. Dieser Einheitsprozeß in einem europäischen konföderierten Umfeld ist der Weg der Berliner Beschlüsse.

Für die ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungserfordernisse in der DDR werden nach Auffassung der SPD die Wirtschaft und die Bürger der Bundesrepublik finanzielle Opfer bringen müssen. Das ist der Kern des Beschlusses über den Lastenausgleich zugunsten der DDR: als Ausgleich dafür, daß die Menschen in der DDR vor 45 Jahren das schlechtere Los gezogen haben und auch jetzt weiterhin durch die Übersiedler wirtschaftlich zur Ader gelassen werden.

In der Euphorie dürfen die Kosten für die und von der DDR gewünschte Weltmarktintegration nicht übersehen werden. Dies heißt im Klartext, die DDR-Wirtschaft rückhaltlos der Weltmarktkonkurrenz auszusetzen. Angesichts des Produktivitätsrückstandes gegenüber den fortgeschrittenen kapitalistischen Ökonomien bedeutet dies Kapitalvernichtung auf breiter Basis und für die Masse der exportorientierten DDR-Betriebe „Anschluß“-Konkurs, den Perlen der DDR-Wirtschaft und den binnenwirtschaftlich orientierten Branchen stehen friedliche und unfriedliche „raids“ westlicher Kapitalgruppen bevor. Für die Arbeiterklasse bedeutet dies die Herausbildung eines segmentierten Arbeitsmarktes nach westlichem Vorbild: die Vernichtung und Entwertung veralteter und überflüssiger und „systembedingter“ Arbeitsqualifikationen, ein hoher Sockel dauernder Massenarbeitslosigkeit, Rand- und Kernbelegschaften, aber auch Rationalisierungsschübe, Produktivitätssteigerung, verschärfte Arbeitshetze, die vertikale Durchstrukturierung der DDR-Gesellschaft entlang der Lohnarbeitsgrenze.

Die Frage wird sein, ob die Sanierung der DDR-Ökonomie und des Staatshaushaltes den „bewährten“ IWF-Konzepten für die Länder der Dritten Welt folgen wird (Abbau des Subventionssystems, westliches Preisgefüge, Einkommensdifferenzierung und Hierarchisierung, Reallohnabbau, Sozialabbau, staatliche Sparhaushalte und Inflationsbekämpfung als prioritäre haushaltspolitische Aufgabe), oder ob mit einem Entwicklungsfond nach dem Muster des Marshallplanes die Entwicklung der Ökonomie ökologisch und sozial gestaltet werden kann. Die Alternative Raubbau oder Aufbau entscheidet sich an der Qualität der notwendigen Infrastrukturinvestitionen und nicht an der Schnelligkeit des Zugriffes auf die DDR-Wirtschaft durch das westdeutsche Kapital.

Hohe Arbeitslosigkeit und minimiertes soziales Netz wird niemanden zum Verbleib in der DDR verführen. Auch für die beschäftigte DDR-Arbeiterschaft wird die Eingliederung der DDR-Ökonomie in die DM-Wohlstandsphäre zu einem ökonomischen und pekuniären Rätsel werden, wie auch für die Beziehungen von Transfereinkommen. Wie sollen sie die Differenz zwischen DM-Einkommen und DM-Preisen für importierte Güter und Leistungen überbrücken, wenn Sozialansprüche, Arbeitsleistungen und in der DDR produzierte Güter zu Recht nach DM-Verhältnissen bewertet werden. In einer weltmarktintegrierten DDR-Ökonomie können die Löhne nicht künstlich auf BRD-Niveau hochgehalten und die Preise auf bisherigem DDR-Niveau niedrig gehalten werden.

Deshalb lohnt die Anstrengung, nach Wegen des sanften Überganges zu suchen, die auch dazu beitragen, daß die Menschen in der DDR Perspektiven für ihre Lebensplanung sehen. Aufmerksamkeit verdient ein Vorschlag des sozialpolitischen Referenten der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Ebert anläßlich einer Tagung der Friedrich Ebert-Stiftung in Berlin. In der DDR sei jetzt die historische Chance einer umfassenden sozialen Eigentumsreform gegeben. Es sei möglich, eine Verbindung von Marktwirtschaft und sozialer Eigentumsordnung zu schaffen, „indem das heute bestehende kollektive sogenannte ‚Volkseigentum‘, das in Wirklichkeit Staatseigentum ist, in breit gestreutes individuelles Eigentum aller DDR-Bürgerinnen und Bürger umgewandelt wird“. Damit würde echtes Volkseigentum erst entstehen. Es wäre schließlich eine Form der Privatisierung und der Vermögensbildung in Volkshand, die auch vor marktwirtschaftlichen Augen bestehen dürfte, würde sie doch dem Muster der Vermögensbildung in der Bundesrepublik folgen. Die Anteile der in private Kapitalgesellschaften umgewandelten VEB's sollten in gleichem Umfang allen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern unabhängig von ihrem sozialen und familiären Status, die sich zum Stichtag in der DDR befinden, zugeteilt werden. Als institutionelle Form bietet sich die Schaffung von selbstverwalteten Volksvermögensfonds als Kapitalsammelstellen und ein regulierter Wertpapiermarkt mit vinkulierten Anteilsrechten, um die Übernahme von DDR-Unternehmen durch westliches Kapital nicht der „freien Jagd“ zu überlassen, an. Die DDR-Bürger hätten somit alle gleichen Anteil an den von ihnen erarbeiteten Volksvermögen und dies wäre eine wirkliche Sozialreform.

Ökologische Infrastrukturpolitik, finanziert durch einen öffentlich gespeisten Entwicklungsfond und eine soziale Eigentumsreform, die zugleich mit dem Instrument des Volksvermögensfonds die Übernahme der DDR-Wirtschaft durch westliche Konzerne und Banken begrenzt, sind im Interesse der DDR-Bevölkerung unabhängig vom Tempo des Zusammenwachsens und psychologisch eine Alternative zum sofortigen Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Geprüft werden muß zudem für die DDR schon jetzt das System der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung, der überbetrieblichen Mitbestimmung durch Investitions- und strukturpolitische Lenkungsinstrumente wie die Wirtschafts- und Sozialausschüsse. Während für die EG das Institut der europäischen Aktiengesellschaft mit kodifizierter Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Gesetzgebungsverfahren ist, ist nicht einzusehen, warum deutsch-deutsche Unternehmenskooperationen und Verbände ohne gesetzlich verankerte Mitbestimmungsgarantien auskommen sollten. Das deutsche Aktien- und Gesellschaftsrecht sollte um das Institut einer deutsch-deutschen mitbestimmten Aktiengesellschaft erweitert werden.

(-/15.2.1990/va-he/rs)

* * *